



Hess. Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Postfach 31 00 - D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen (Bitte bei Antwort angeben)  
IV 4A/IV 4b 003b 04.03 (Petition 1768/19)

Frau  
Eva Dust  
Marienwerderallee 90b  
  
29225 Celle

Dst. Nr.: 1400  
Bearbeiter/in: Frau Baumann  
E-Mail: [petra.baumann@umwelt.hessen.de](mailto:petra.baumann@umwelt.hessen.de)  
Tel.: 0611/815-1168  
Fax: 0611/815-1947  
Ihr Zeichen: J.  
Ihre Nachricht vom: 4. August 2015 (Petition an den  
Hessischen Landtag)

Datum: 22. Oktober 2015

**Ihre Petition vom 4. August 2015 (Petition-Nr. 1768/19); Biotop für Wildbienen auf  
brachliegenden Flächen größerer Friedhöfe betreffend**

Sehr geehrte Frau Dust,

der Hessische Landtag ist in seiner 55. Plenarsitzung am 23. September 2015 dem Beschluss des Petitionsausschuss vom 17. September 2015 gefolgt und hat Ihre o.g. Petition an das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) mit der Bitte überwiesen, Sie über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Diesem Anliegen möchte ich mit den folgenden Ausführungen nachkommen.

Sie baten den Petitionsausschuss des Hessischen Landtags um Prüfung, ob in Hessen die Möglichkeit bestünde, eine gesetzliche Verpflichtung dahingehend zu bewirken, dass sämtliche größeren Friedhöfe in Hessen mit genügend brachliegender Fläche ein Biotop zum Schutz von Wildbienen schaffen müssen. Sie begründeten Ihr Anliegen damit, dass Wildbienen insgesamt vom Aussterben bedroht seien. Vierzig Arten seien sogar schon ganz ausgestorben. Da aber die Wildbienen als bestäubende Insekten sehr wichtig in der Natur seien, könne eine gesetzliche Verpflichtung, entsprechende Biotop-Anlagen auf weiträumigen Friedhöfen einzurichten, dazu beitragen, die Wildbienen als solche zu erhalten, so dass diese auch zukünftig ihre wichtige Aufgabe in der Natur erfüllen könnten. Sie verwiesen auf eine Maßnahme des Friedhofs Hamburg-Oldsdorf, auf dem ein solches Biotop speziell für Wildbienen bereits angelegt worden sei.

Zunächst einmal danke ich Ihnen für Ihr persönliches Engagement zum Erhalt der biologischen Vielfalt, denn auch die Hessische Landesregierung hat sich zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Hessischen Biodiversitätsstrategie verpflichtet und berücksichtigt dabei die besondere Bedeutung von Bienen und anderen bestäubenden Insekten.

Als eine der Ursachen für den von Ihnen angeführten Rückgang der Wildbienen ist der Verlust kleinräumiger, stärker diversifizierter Lebensräume mit dem daraus resultierenden Man-



gel an Nistmöglichkeiten und alternativen Nahrungsquellen anzusehen. Der Straßen- und Siedlungsbau trägt hierzu ebenso bei wie die moderne Landbewirtschaftung und der zahlenmäßig hohe Verlust an Ton-, Kies- und Sandgruben in der Kulturlandschaft. Durch den Anbau von relativ wenigen Nutzpflanzenarten auf großen Flächen in der Landwirtschaft fehlt den Bestäuber-Insekten vermehrt die Kontinuität in der Versorgung mit Nahrung. Nach einem in vielen Regionen reichen Angebot im Frühjahr bricht die Nahrungsversorgung im Juni oft schlagartig zusammen. Weitere Gründe sind der Rückgang von Ackerunkräutern durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder mechanischen Regulierungsmaßnahmen sowie der Umbruch und die Silage-Nutzung von Grünland, bei der die Wiesen mitunter mehrmals im Jahr vor der Blüte gemäht werden. Auch der Einsatz von Insektiziden verringert die Vielfalt der Bestäuber-Insekten.

Die Bienen zählen zu den wichtigsten Pflanzen-Bestäubern in Mitteleuropa, wobei dies nicht nur für die Honigbienen sondern eben auch für die vielen Wildbienenarten gilt. Von den 560 in Deutschland nachgewiesenen Bienenarten werden 424 zur Fauna Hessens gerechnet. Davon wurden 181 Arten in die „Rote Liste der Bienen Hessens“ aufgenommen. Ein Leben ohne die fleißigen bestäubenden Insekten ist kaum vorstellbar. Über 80 % der Kultur- und Wildpflanzen benötigen Fremdbestäubung. Deshalb ist der Schutz der vielen Wildbienen- und Hummelarten für die Artenvielfalt besonders wichtig. Aufgrund verschiedener Physiologien der Blüten in der Natur kann nicht jedes Insekt und auch nicht jede Bienenart jede Blüte nutzen und bestäuben. Will man also die Biodiversität erhalten, muss auch die Biodiversität der Bestäuber-Insekten erhalten bleiben. Wild- und Honigbienen werden insgesamt als effektivste Bestäuber-Gruppe betrachtet.

Von grundlegender Bedeutung für den Lebensraum der Bienen ist ein möglichst vielseitiger Pflanzenbau unter Einbeziehung blühender Kulturen. Bienenfreundliche Bewirtschaftungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, werden vom Land Hessen im Rahmen des hessischen integrierten Agrarumwelt- und Landschaftspflegeprogramms gefördert und dienen nicht nur den Honigbienen sondern auch den Wildbienen. Das Anlegen von Blüh- und Ackerrandstreifen, ein bienengerechter Zwischenfruchtanbau, der Anbau vielfältiger Ackerkulturen, die Pflege von Streuobstwiesen, eine verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus, die Verpflichtung zur Pflege naturschutzfachlich hochwertiger Biotope und Arten, sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Imkern, Landwirten und Naturschützern sind Maßnahmen und Vorgehensweisen, die dem Schutz der natürlichen Funktionen des Bodens und der darauf lebenden Arten dienen. Hauptaugenmerk liegt dabei in Hessen auf den Arten, für die unser Bundesland eine besondere Verantwortung hat. Eine intakte Natur bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen insgesamt und stellt eine wesentliche Voraussetzung zum Erhalt der biologischen Vielfalt dar. Da die Erhaltung der Vielfalt der bestäubenden Insekten dabei von größter Bedeutung ist, hat Hessen die Maßnahme „Hessen blüht“ zur Umsetzung der Hessischen Biodiversitätsstrategie auf den Weg gebracht und eine entsprechende Broschüre mit vielen Anregungen und Tipps zum aktiven Mitwirken am Erhalt eines blühenden und insektenfreundlichen Lebensraums herausgegeben. Näheres dazu findet sich unter: <https://umweltministerium.hessen.de/umwelt-natur/naturschutz/hessische-biodiversitätsstrategie> auf der Homepage des HMUKLV.

Gerade auf den Freiflächen von Friedhöfen findet i.d.R. bereits eine überwiegend extensive Nutzung bzw. Pflege statt. Durch die vielfältige Bepflanzung und kleinstrukturierte Nutzung



der Flächen auf Friedhöfen bestehen hier bereits sehr günstige Bedingungen für Wildbienen. Darüber hinaus schafft z.B. das Anlegen von Sandwegen und anderen vegetationsfreien Flächen auf Friedhöfen gute Voraussetzungen für das Entstehen von Wildbienen-Nistplätzen.

Kirchen und Gemeinden sind bereits auf dieses wichtige Naturschutzthema aufmerksam geworden. Neben den von der Petentin erwähnten Maßnahmen auf einem Hamburger Friedhof haben sich z.B. im Frühjahr dieses Jahres Vertreterinnen und Vertreter von neun verschiedenen Religionsgemeinschaften, darunter Mitglieder der Evangelischen Kirche Hessen Nassau, im Rahmen einer gemeinsamen Tagung im Bundesamt für Naturschutz (BfN) zu ihrer Verantwortung zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt bekannt. Sie einigten sich u.a. darauf, dass Freiflächen um Gebäude wie Kirchen, Synagogen, Tempel, Moscheen oder Friedhöfe noch stärker als bisher Orte der biologischen Vielfalt werden sollen. Das gilt auch für die in zahlreichen Städten entstehenden „Interkulturellen Gärten“. Ergänzend dazu kann außerdem noch auf die Internet-Seite der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover verwiesen werden, wo zu diesem Thema u.a. Fortbildungsveranstaltungen wie „Typisierung von Überhangflächen und Biotopen“, „Wegetypen“ und „Ökologische Aufwertung von Flächen“ angeboten werden.

Eine fachliche Notwendigkeit für die von Ihnen gewünschte, ausdrückliche gesetzliche Regelung wird daher nicht gesehen.

Da es Ihnen um das Anlegen von Biotopen auf brachliegenden Friedhofsflächen geht, ist neben unserem Haus auch das für das Friedhofsrecht zuständige Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIuS) beteiligt worden und hat aus rechtlicher Sicht wie folgt Stellung genommen:

Nach § 2 des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes (FBG) obliegt das Friedhofswesen als Selbstverwaltungsangelegenheit den Gemeinden. Sie regeln die Benutzung der Friedhöfe nach Maßgabe des FBG durch Satzung (Friedhofsordnung). Als Friedhofsträger und Eigentümer eines Friedhofsgrundstücks steht es der Gemeinde im Rahmen sonstiger gesetzlicher Regelungen frei, Gebäude und freie Flächen auf einem Friedhof nach ihren Vorstellungen zu gestalten bzw. zu nutzen.

Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen. Sie dienen nach § 1 FBG der Bestattung und der Pflege der Gräber im Andenken an die Verstorbenen und damit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Der Zweck des Friedhofs besteht in der Ermöglichung einer angemessenen und geordneten Leichenbestattung und in der dem pietätvollen Gedenken der Verstorbenen entsprechenden würdigen Ausgestaltung und Ausstattung des der Totenbestattung gewidmeten Grundstücks.

Das Begehren, ein Biotop zum Schutz von Wildbienen auf einem Friedhofsgrundstück anzulegen, d.h. eine Nutzung des Friedhofsgrundstücks vorzunehmen, die nicht dem eigentlichen Friedhofszweck nach § 1 FBG dient, stellt ein besonderes Nutzungsbegehren (Sondernutzung) dar.

Friedhofs-Sondernutzungen bedürfen einer Sondernutzungserlaubnis, über deren Erteilung die Gemeinde bzw. die Friedhofsverwaltung auf Antrag Dritter im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts nach ihrem Ermessen zu entscheiden hat.

Soweit die Friedhofsverwaltung Bedarf für klare rechtliche Regelungen zur Ausgestaltung des Friedhofsnutzungsverhältnisses sieht, wären solche in der Friedhofssatzung zu treffen. Eine Aufnahme einer verpflichtenden landesgesetzlichen Regelung im FBG als öffentliches Ordnungsrecht, die im Sinne Ihres Begehrens eine konkrete Friedhofsnutzung vorschreiben würde, kommt aus den vorgenannten Gründen nicht in Betracht.

Im Ergebnis ist die von Ihnen begehrte Gesetzesänderung (gesetzliche Verpflichtung zur Biotopanlage in weiträumigen Friedhöfen) aus Sicht der Verwaltung nicht von vorneherein geeignet, den von Ihnen erwünschten Zweck „Schutz der Wildbienen“ zu erreichen. Verwaltungsverfahrenrechtliche und vollzugspraktische Gründe sprechen grundsätzlich gegen eine generelle gesetzliche Verpflichtung der Friedhofsträger. Dagegen sind Informationen über praktische Vorgehensweisen, die Weitergabe der Erfahrungen und des Wissens im Bereich der Biodiversität, entsprechende Fördermöglichkeiten und gemeinsames Handeln zielführendere Maßnahmen. Dies wird auch von der Hessischen Landesregierung – wie oben dargelegt – so gesehen, die insbesondere das freiwillige Engagement in vielfältiger Weise unterstützt.

Ich hoffe, Sie mit diesen Ausführungen in ausreichendem Maße über die Sach- und Rechtslage unterrichtet zu haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
(Petra Baumann)